

V o r l a g e Nr. L 135/18

für die Sitzung der staatlichen Deputation für Bildung am 05.12.2014

V o r l a g e Nr. G 153/18

für die Sitzung der städtischen Deputation für Bildung am 05.12.2014

Benchmarking-Bericht 2014

A. Problem

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14. November 2014 den Benchmarking-Bericht 2014 zur Kenntnis genommen und beschlossen:

»Er beabsichtigt diesen Bericht erst nach Befassung durch die zuständigen Fachdeputationen bzw. Fachausschüsse in seiner Januarsitzung 2015 abschließend zu beraten und bittet die Senatorin für Finanzen den Benchmarking-Bericht 2014 über die Fachressorts an die zuständigen Fachdeputationen bzw. Fachausschüsse zur Beratung bzw. Befassung weiterzuleiten.«

Die Senatorin für Finanzen bittet daher die inhaltliche Befassung der Fachdeputationen bzw. Parlamentsausschüsse zeitnah einzuleiten und die Senatorin für Finanzen über die Ergebnisse dieser Abstimmungs- und Bewertungsprozesse bis zum 5. Januar 2015 zu informieren.

B. Lösung

In der Anlage ist der Berichtsteil zum Produktplan 21 Bildung (Seiten 38 bis 41) aus dem Benchmarking-Bericht 2014 beigelegt. Weiterhin wird der Deputation für Bildung eine kurze ergänzende Zusammenfassung zum Benchmarking-Bericht 2014 vorgelegt:

Es ist zu begrüßen, dass mit den Benchmarking-Berichten ein Instrument implementiert ist, welches Ziele, Zielerfüllungsgrade sowie Vergleiche mit anderen Städten und Bundeslän-

dern für die Produktbereiche der bremischen Haushalte in enger Zusammenarbeit mit den Fachressorts gebündelt erfasst und darstellt.

Hervorzuheben ist, dass im Rahmen des weiteren Ausbaus dieses Instrumentes im aktuellen Bericht im Produktplan Bildung erstmals auch Kennzahlen zu Ganztagschulen, Inklusion und Privatschulen im Ländervergleich abgebildet wurden.

Im Ergebnis lässt sich grob zusammenfassen, dass der Input an Finanzmitteln im Vergleich 2011 tendenziell nah am Bundesdurchschnitt lag und die Versorgung mit Lehrpersonal 2012 gemessen an der Schüler-Lehrer-Relation (S-L-R) insgesamt unterdurchschnittlich war, wobei diese im allgemeinbildenden Bereich dem Durchschnitt entsprach. Gemessen an den Kennzahlen zum finanziellen als auch zum personellen Input lässt sich festhalten, dass diese in den anderen Stadtstaaten meist deutlich besser ausfielen (höhere Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler, niedrigere S-L-R).





Die im Bericht mittels Ländervergleichskennzahlen dargestellten quantitativen Leistungen des schulischen Bildungssystems hingegen waren 2012 im Ländervergleich teilweise überdurchschnittlich, insbesondere im Bereich der Inklusion sowie auch der gebundenen Ganztagschulen wurden im Bundesvergleich bezogen auf die entsprechend beschulten Schülerinnen und Schüler Spitzenwerte erreicht. Vergleichsweise hoch war auch der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die – auch unter Herausrechnung des Doppelentlassjahrganges – im Abschlussjahrgang 2012 ein Abitur erlangten, die Quote der Abgängerinnen und Abgänger ohne Abschluss lag 2012 zwar über dem Bundesdurchschnitt, entsprach aber dem Niveau Hamburgs und war z. B. besser als in Berlin.

Zu beachten ist jedoch, dass die dargestellten Kennzahlen zum Bildungssystem auch im Kontext sozialer Rahmenbedingungen zu sehen sind. Hierzu wird auf die im Nationalen Bildungsbericht 2014 dargestellten drei familiären Risikolagen verwiesen.¹

¹ Die Risikolagen beschreiben die familiären Rahmenbedingungen für Kinder aus verschiedenen Blickrichtungen erstens eine soziale, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist, d.h. beide Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil erwerbslos oder Nichterwerbspersonen sind; zweitens eine der Bildungsferne des Elternhauses, wenn kein Elternteil über einen Abschluss der Sekundarstufe II oder höher verfügt, und drittens eine finanzielle, wenn das Familieneinkommen unter der Armutgefährdungsgrenze liegt.

Kinder im Alter von unter 18 Jahren 2012 nach Risikolagen in der Familienform und Ländern²

	← positiv → negativ															
Ausgangslage 2012	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
schlechter Bildungsstand in % (Risiko bildungsfernes Elternhaus)	3,9%									11,5			16,2%		19,5%	26,2%
Erwerbslosigkeit in % (soziales Risiko)	5,1%				9,4%	9,6%									18,6%	19,0%
Armut in % (finanzielles Risiko)	11,7%				18,8				21,3%				26,8%			33,6%
alle 3 Risikolagen	1,4%								3,4%		4,6%			7,4%	10,5%	TH keine Ang.

	Land Bremen
	Hamburg
	Berlin
	Bundesdurchschnitt

Die familiäre Ausgangslage ist auch 2012 im Ländervergleich in Bremen am schwierigsten. Der Anteil an Kindern, deren Eltern einen schlechten Bildungsstand, d. h. keine Berufsausbildung oder Abitur haben, ist mit 26,2 Prozent im Bundesländervergleich am höchsten. 18,6 Prozent der Kinder werden in Haushalten groß, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist und mehr als ein Drittel der Kinder im Land Bremen wächst in Armut auf. Über 10 Prozent der Kinder leben in Haushalten, die sogar alle drei Risikolagen aufweisen.

Diese schwierigen Ausgangsbedingungen stellen eine besondere Herausforderung für den Schulbetrieb und die Schulorganisation dar und sind bei Bewertung der im Benchmarking-Bericht dargestellten Kennzahlen unbedingt mit zu beachten.

C. Beschlussvorschlag für die staatliche Deputation für Bildung

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Berichtsteil Produktplan 21 Bildung des Benchmarking-Berichts 2014 zur Kenntnis.

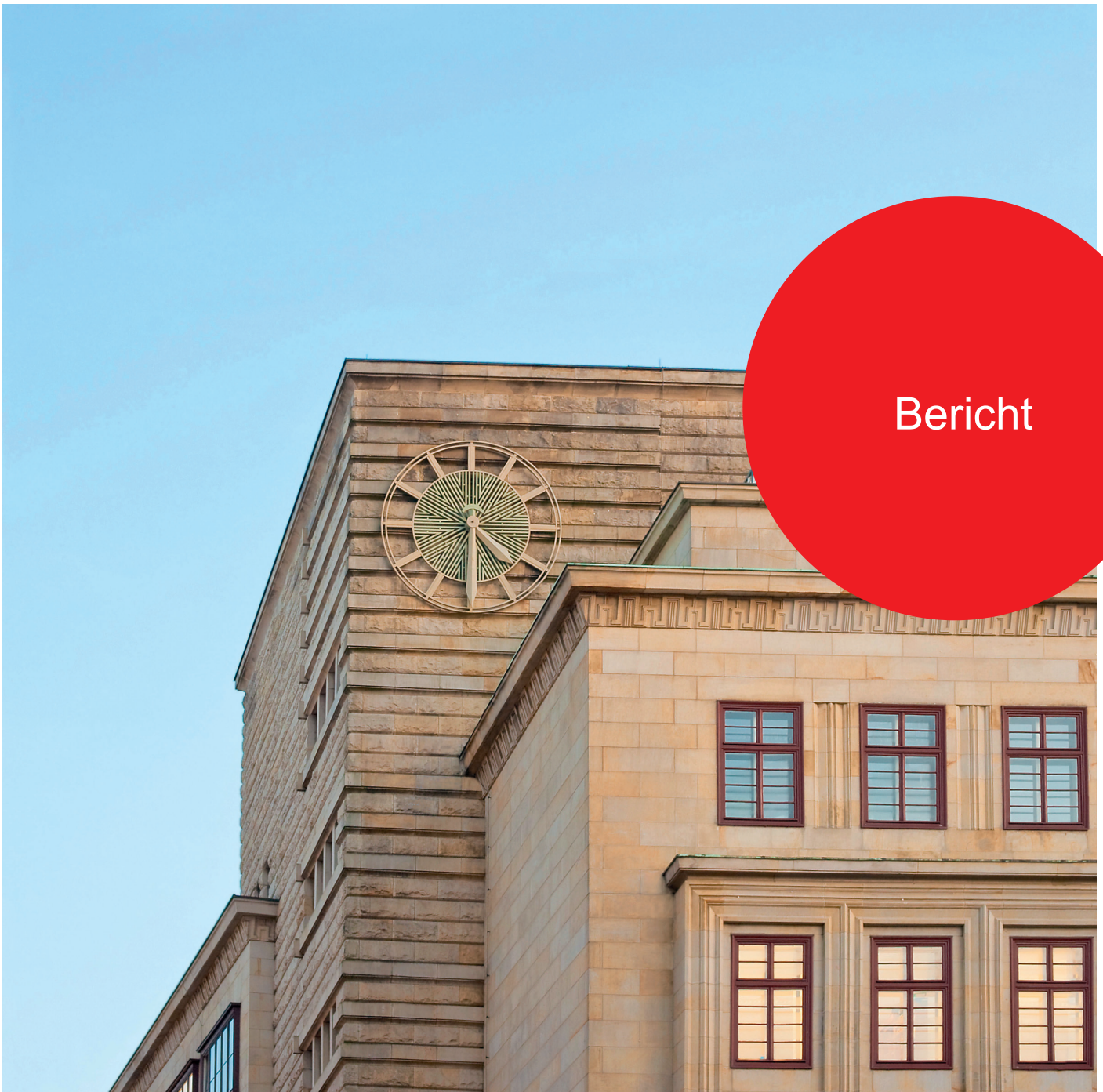
Die staatliche Deputation für Bildung bittet darum, den entsprechenden Protokollauszug bzgl. dieses Tagesordnungspunktes sowie die Zusammenfassung an die Senatorin für Finanzen zur Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu übermitteln.

² Vgl. A Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen, Tabellen zu Kapitel A: Tab. A4-5web; <http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=11126>

D. Beschlussvorschlag für die städtische Deputation für Bildung

Die städtische Deputation für Bildung nimmt den Berichtsteil Produktplan 21 Bildung des Benchmarking-Berichts 2014 zur Kenntnis.

Die städtische Deputation für Bildung bittet darum, den entsprechenden Protokollauszug bzgl. dieses Tagesordnungspunktes sowie die Zusammenfassung an die Senatorin für Finanzen zur Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu übermitteln.



Bericht

Die Senatorin für Finanzen

Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich - Benchmarking-Bericht 2014 -

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: 0421 361 4072
Fax: 0421 496 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:
Begleit-AG Benchmarking
Referat 20, Frau Warnke
Telefon: 0421 361 10162
E-Mail: marion.warnke@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Statistisches Landesamt
An der Weide 14-16
28195 Bremen
<http://www.statistik.bremen.de>

erschienen im November 2014

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Anteil an den Ausgaben nach Produktplänen	1
II. Zentrale Strukturkennziffern	7
III. Produktpläne – Kennzahlen und Textbeiträge	17
Inneres	19
Justiz	25
Sport	31
Bildung	37
Kultur	43
Hochschulen und Forschung	51
Arbeit	59
Soziales, Kinder und Jugend	67
Gesundheit	83
Umwelt, Bau, Verkehr	93
Wirtschaft	105
Häfen	111
Finanzen / Personal	117
IV. Strukturkennzahlen der Stadtgemeinde Bremerhaven	125

Methodische Hinweise:

- Durchschnittswerte: Der Länderdurchschnitt basiert entweder auf dem Wert für Deutschland insgesamt oder wird aus den vorliegenden Länderwerten aufsummiert. Die Berechnung der Städte- und Länderdurchschnitte erfolgt über eine ungewichtete Zusammenführung der vorliegenden Einzelwerte (Quotient der Summen). Liegen die einzelnen Städte- bzw. Länderdaten nur als bereits berechnete Relativzahlen vor, kann der Durchschnitt nicht dargestellt werden. Der Durchschnitt wird nicht dargestellt, wenn weniger als 7 Städte- bzw. Länderwerte vorliegen.
- Rangfolge: Die Ermittlung des Ranges der Stadt bzw. des Landes Bremen ist ein rein rechnerischer Vorgang und stellt keine inhaltliche Bewertung dar. Bei der Berechnung wird der größte vorliegende Wert als Rang 1 definiert. Dargestellt wird der Rang nur, wenn mind. 6 Länder- oder Städtewerte vorliegen.
- Die Zeitreihen sind als ZIP-Datei verfügbar.

Produktplan: 21 Bildung

Bildung

Vorbemerkungen

Das Benchmarking für den Produktplan Bildung setzt sich zusammen aus einem lückenlosen Ländervergleich auf der Basis von Materialien des Statistischen Bundesamtes und der KMK-Statistik (jeweils inkl. Privatschulen).

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Umsetzung von Maßnahmen zur Schulentwicklung mit den Zielen: <ul style="list-style-type: none">- Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg- Verbesserung der Qualität von Schule- Weiterentwicklung integrativer Pädagogik und Unterrichtsorganisation- Stadtteilbezogene Kooperation der für Kinder, Jugendliche und ihre Familien arbeitenden Einrichtungen
Z2	Sicherung der Qualität von Schule und Unterricht
Z3	Umsetzung des Rechts auf gemeinsamen Unterricht - Inklusion
Z4	Fortsetzung des Ausbaus der bestehenden Schulen zu Ganztagschulen
Z5	Weiterentwicklung der „Eigenverantwortung“ von Schule (wirtschaftlich und inhaltlich) auf der Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen

Aufgabenkritische Verfahren / Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung

Ressortspezifische Aufträge:

- Energiecontracting
- Zusammenlegung der BAföG-Ämter
- Gesundheitsmanagement / langzeiterkrankte Lehrkräfte

Benchmarkingergebnisse

Die Gesamtausgaben pro Schüler/in sind im Land Bremen im Berichtsjahr 2011 im Vergleich zu 2010 um 100 € gestiegen und liegen damit mit 6.100 € (Rang 9) weiterhin geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 6.000 € aber weiterhin sehr deutlich (1.100€) unter den entsprechenden Werten der Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Interessant ist ein Blick auf die längerfristige Entwicklungsreihe: Während in Bremen die Gesamtausgaben seit dem Jahre 2000 (5.000 €, Rang 2) um 1.100 € gestiegen sind, stieg der Bundesdurchschnitt im selben Zeitraum um 1.700 € pro Schüler/in an.

Bei den Personalausgaben pro Schüler/in für alle Schularten liegen die Bremer Werte 2011 leicht unter dem Bundesdurchschnitt (Rang 10), bei den Sachausgaben pro Schüler/in deutlich über dem Bundesdurchschnitt (Rang 2). Insbesondere bei den Personalausgaben liegen die entsprechenden Werte der Stadtstaaten Berlin und Hamburg deutlich höher. Der seit 2010 hohe Wert bei den Sachausgaben ergibt sich aus der Umwandlung von Verrechnungsmiete in Echtmiete und damit einer Erhöhung der Sachausgaben pro Schüler/in.

Die Schüler-Lehrer-Relation (SLR) liegt dementsprechend auch 2012 in Bremen sowohl im allgemeinbildenden als auch im berufsbildenden Bereich und somit für alle Schularten deutlich über den entsprechenden Werten der Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Die SLR insgesamt ist in Bremen gegenüber dem Vorjahr zwar leicht von 15,8 auf 15,6 gesunken, liegt aber immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 15,0 und stellt den dritthöchsten Wert im Bundesländervergleich dar. Die SLR im allgemeinbildenden Bereich entsprach dabei 2012 dem Bundesdurchschnitt, die SLR im berufsbildenden Bereich lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

In den der Schüler-Lehrer-Relation zugrunde liegenden Vollzeitlehreinheiten sind insb. auch nicht-unterrichtliche Tätigkeiten (z.B. Schulleitung) aber auch Ermäßigungen (wg. Alter oder Schwerbehinderung) der Lehrkräfte enthalten, so dass zwar eine Aussage zur Versorgung der Schulen mit Lehrerstunden grundsätzlich möglich ist, jedoch nicht zur direkten Unterrichtsversorgung. Im Ländervergleich eignet sich hierzu besser die Kennzahl „erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/-in“. Diese betont den Aspekt der Unterrichtsversorgung (ohne Anrechnungen und Ermäßigungen) stärker.¹ Die Zahl der „Unterrichtsstunden je Schüler/-in“ drückt quasi aus, wie viele Stunden jede/-r Schüler/-in wöchentlich erteilt bekommen könnte, wenn ausschließlich Einzelunterricht gegeben würde. Je höher diese Zahl ist, desto mehr Lehrerwochenstunden stehen den Schulen für Unterrichtszwecke grds. zur Verfügung. Für den allgemeinbildenden Bereich lag die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Schüler/-in in Bremen 2012 mit 1,72 im Mittelfeld der Länderwerte (Rang 8), jedoch leicht über dem Bundesdurchschnitt von 1,65.

Die Quoten der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife und somit auch die Studienberechtigtenquote insgesamt sind auch 2012 im Bundesvergleich nicht aussagefähig, da hier neben Bremen auch in einigen anderen Ländern (Berlin, Baden-Württemberg, Brandenburg) der sogenannte Doppelentlassjahrgang die Schulen verließ (gleichzeitiger Entlassjahrgang der letzten G9- und ersten G8-AbiturientInnen der Gymnasien) und dies neben dem Bremer Wert auch den Bundesdurchschnitt sowie die Rangordnung verfälscht. Rechnet man für Bremen die G8-AbiturientInnen heraus, ergibt sich mit 41% eine Abiturientenquote der allgemeinbildenden Schulen, die deutlich über dem (durch Doppelentlassjahrgänge überhöhten) Bundesdurchschnitt von 36,4% liegt. Auch die Studienberechtigtenquote bleibt bei Herausrechnung des Doppelentlassjahrgangs-Effektes mit knapp 56% weiterhin überdurchschnittlich (Bundesdurchschnitt trotz Doppeljahrgang bei 54,5%).

Die Quote der Abgänger ohne Abschluss lag 2012 in Bremen mit 6,8% über dem Bundesdurchschnitt von 5,9% aber in etwa auf dem Niveau von Hamburg (6,7%) und deutlich besser als in Berlin (9,0%).

Erstmals sind im Benchmarkingbericht auch Daten zu Ganztagschulen, Inklusion und Privatschulen abgebildet.

Ganztagsbetreuungsquoten im Ländervergleich sind aufgrund der länderspezifisch unterschiedlichen Ausprägungen und der deswegen sehr weitgefassten Definition schwierig zu vergleichen. Qualitative Unterschiede in der Betreuung sind im Ländervergleich nur oberflächlich vergleichbar (Unterteilung nach gebundenen und offenen Ganztagschulen). Laut Bildungsbericht des Bundes 2012 können insbesondere verbindliche (gebundene) Angebote dazu beitragen, soziale Unterschiede auszugleichen. In Bremen sind insbesondere gebundene Ganztagschulen eingerichtet worden. Der Anteil an Ganztagschüler/-innen an voll- oder teilgebundenen Ganztagschulen an allen SchülerInnen im öffentlichen Primar- und Sekundarbereich I ist daher im Bundesvergleich mit 29,2% im Ländervergleich am höchsten, wohingegen es bis 2012 eher wenige offene Ganztagschulen im Land Bremen gab und der Anteil der dort betreuten Schüler/-innen nur bei 3,7% lag (Rang 15). Insgesamt nahmen in Bremen im Schuljahr 2012/13 im Primar- und Sekundarbereich I der öffentlichen Schulen aber mit 32,9% der Schüler/-innen leicht überdurchschnittlich viele Schüler/-innen ein schulisches Ganztagsangebot wahr (Bundesdurchschnitt: 32,5%).

¹ Eine höhere Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Schüler/-in sagt nicht unbedingt aus, dass Schüler/-innen auch mehr Unterricht erhalten. Hier können verschiedene pädagogische Konzepte zu Grunde liegen. Eine gegebene Zahl von „Unterrichtsstunden je Schüler/-in“ kann entweder in großen Klassen erteilt werden, so dass jede Klasse entsprechend planmäßig mehr Unterrichtsstunden erhält, oder es werden kleine Klassen gebildet, denen jeweils weniger Unterrichtsstunden zuteil kommen.

Die Inklusion ist im Land Bremen im Bundesländervergleich am weitesten fortgeschritten. 63,1% der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchten 2012 eine allgemeine Schule (Inklusionsanteil bzw. Integrationsquote, Rang 1). Als Konsequenz daraus ist auch der Anteil an Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Schüler/-innen Klasse 1 bis 10 insgesamt, die noch ein Förderzentrum besuchen, mit nur noch 2,3% im Bundesvergleich sehr niedrig (Exklusionsquote bzw. Förderschulbesuchsquote, Rang 16).

Der Anteil an Privatschüler/-innen im allgemeinbildenden Bereich ist in Bremen nach Bayern und Hamburg am dritthöchsten.

Wie bereits im letzten Benchmarking-Bericht erfolgt eine geschlechtsspezifische Darstellung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte, der Schulleitungen sowie der Absolventinnen und Absolventen nach Schulabschluss.

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø			HB	HH	BE	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	Ø Länder *)	Rang HB *)
				Min	Ø	Max																		
21-A-01	Gesamtausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	Euro	2011				6.100	7.200	7.200	6.000	6.400	6.400	6.400	6.000	5.600	<u>5.200</u>	5.800	5.400	6.900	7.400	<u>5.200</u>	7.800	6.000	9
21-A-02	Personalausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	Euro	2011				4.700	5.400	5.900	4.800	4.700	5.000	4.800	4.700	4.500	4.300	4.800	4.500	5.300	6.100	<u>4.200</u>	6.500	4.800	11
21-A-03	Sachausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	Euro	2011				1.200	1.700	1.100	700	800	800	800	800	700	700	600	<u>500</u>	700	700	600	800	700	2
21-B-01	Schüler/-innen je Lehrkraft (alle Schularten)	Anzahl	2012				15,6	14,5	14,3	14,7	15,0	13,9	15,2	14,9	15,2	16,0	15,4	15,6	14,0	12,9	16,4	<u>12,1</u>	15,0	3
21-B-02	Schüler/-innen je Lehrkraft an allgemein bildenden Schulen	Anzahl	2012				13,8	13,1	13,2	13,6	13,7	13,0	13,9	13,7	13,7	14,6	14,0	13,6	13,0	11,7	15,0	<u>11,5</u>	13,8	5
21-B-03	Schüler/-innen je Lehrkraft an beruflichen Schulen	Anzahl	2012				23,5	22,4	20,2	19,1	22,7	21,0	22,0	22,0	23,3	24,4	23,0	25,4	18,4	20,4	23,6	<u>14,7</u>	21,8	4
21-C-01	Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/-in an allgemein bildenden Schulen	Anzahl	2012				1,72	1,72	1,76	1,73	1,60	1,76	1,67	1,79	1,60	1,55	1,65	1,69	1,79	1,86	<u>1,53</u>	1,80	1,65	8
21-D-01	Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen: Quote der Absolventen mit Hochschulreife	%	2012				58,6	46,5	60,0	49,4	<u>26,8</u>	59,5	33,5	33,3	29,8	39,1	30,4	29,1	27,6	28,9	27,3	33,5	36,4	3
21-D-02	Schulabgänger/ -absolventen der allgemein bildenden Schulen: Quote der Abgänger ohne Hauptschulabschluss	%	2012				6,8	6,7	9,0	5,1	<u>4,8</u>	8,4	5,4	11,9	5,4	5,5	5,5	5,2	8,9	11,3	6,9	6,8	5,9	7
21-E-01	Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	%	2012				73,1	60,9	75,7	79,6	46,8	74,8	55,4	41,4	53,0	51,7	52,8	58,3	48,4	<u>40,9</u>	42,4	56,4	56,5	4
21-F-01	Schüler/-innen im Ganztags schulbetrieb an allgemein bildenden Schulen (insgesamt): Anteil an allen Schüler/-innen	%	2012				32,9	63,7	54,0	17,6	<u>10,7</u>	43,6	42,1	39,7	39,0	37,3	23,0	27,5	78,1	24,0	24,2	49,7	32,5	10
21-F-02	Schüler/-innen im Ganztags schulbetrieb an allgemein bildenden Schulen (offene Form): Anteil an allen Schüler/-innen	%	2012				3,7	37,0	29,4	8,1	5,2	30,5	38,6	13,1	27,7	14,7	<u>3,0</u>	20,8	51,7	16,0	19,5	41,6	18,5	15
21-F-03	Schüler/-innen im Ganztags schulbetrieb an allgemein bildenden Schulen (gebundene Form): Anteil an allen Schüler/-innen	%	2012				29,2	26,7	24,6	9,4	5,5	13,1	<u>3,5</u>	26,7	11,3	22,6	20,0	6,6	26,4	8,0	4,8	8,1	14,0	1
21-G-01	Integrationsquote	%	2012				63,1	54,0	50,6	27,7	24,8	42,0	20,5	31,7	<u>14,7</u>	23,9	24,9	42,9	26,2	24,1	57,5	28,7	28,2	1
21-G-02	Förderschulbesuchsquote	%	2012				<u>2,3</u>	3,8	3,7	5,0	4,6	4,9	4,5	6,9	4,3	5,2	3,9	4,5	6,3	7,1	2,5	5,0	4,8	16
21-H-01	Schüler/-innen an Schulen in freier Trägerschaft: Anteil an den Schüler/-innen an allgemein bildenden Schulen insgesamt	%	2012				10,3	10,6	9,3	9,3	11,6	9,3	6,9	10,0	6,0	8,1	8,0	8,3	9,0	7,7	<u>4,6</u>	7,6	8,5	3

*) Ergebnis für Deutschland bzw. Berechnung auf der Grundlage der vorliegenden Länderdaten (Quotient der Summen); liegen die Länderdaten nur als Relativzahlen vor, kann der Durchschnitt nicht dargestellt werden. Durchschnitt und Rang werden nicht berechnet, wenn weniger als 7 Länderwerte vorliegen. Rang: größer Wert = 1.